

war ein Ansteigen auf 135 Meter vorgehen.

Es wird erwartet, dass die Flutung des Reservoirs gute Voraussetzungen schafft, um die jährlichen Überschwemmungen am mittleren und unteren Yangzi besser bekämpfen zu können. Während der Überschwemmungsperioden soll der Drei-Schluchten-Damm 2,3 bis 3,1 Mio. Kubikmeter Flutwasser des Yangzi durch Anpassung des Pegels zwischen 135 und 140 Meter auffangen können. Im Jahre 2009, wenn das Staudammprojekt seine letzte Phase erreicht hat, soll die Kapazität zur Flutwasseraufnahme 22,16 Mrd. Kubikmeter erreichen. Die gesamte Staukapazität wird mit 39,3 Mrd. Kubikmetern angegeben.

Zwei Monate nach der Flutung des Staubeckens sollen die Energiegeneratoren in Betrieb gehen. Bis Ende des Jahres sollen vier Generatoren 5,5 Mrd. kWh Elektrizität produzieren. Über ein längeres Energie-Netzwerk mit acht Zwischenstationen wird dann die Elektrizität den boomenden Küstenstädten wie Shanghai zugute kommen. In den kommenden sechs Jahren sollen jährlich vier Generatoren neu dazukommen.

Bei Fertigstellung des Projektes hat der Staudamm eine Kapazität von 18,2 Mio. Kilowatt. 26 Generatoren werden eine jährliche Elektrizitätsmenge von 84,6 Mrd. kWh erzeugen. Es wird damit gerechnet, dass der Staudamm eine Rolle als Wachstumsmotor für die Städte und Industriezonen entlang des Yangzi spielen wird. (XNA, 1.6.03)

Mitte Juni d.J. wurde mit der Öffnung des Damms für die Schifffahrt begonnen. Zunächst waren verschiedene Tests für die Nutzung der Schleuse durchgeführt worden. Offiziell wurden Damm und Schleuse am 15.6.03 für Schiffe freigegeben. Eines der Ziele des Projektes ist es, die Rahmenbedingungen für die Schifffahrt auf dem Yangzi durch Ausgleich des Wasserpegels zu verbessern. So sollen 10.000-t-Schiffe bis Chongqing problemlos gelangen können und so die Transportkosten um 30% reduzieren. (XNA, 1., 16.6.03)

Die Schleuse gleicht eine Höhendifferenz von 60 Metern aus. Für die Passage durch die Schleuse werden

die Schiffe rd. 2,5 Stunden benötigen. Die Baukosten für die Schleuse belaufen sich auf rd. 6,2 Mrd. Yuan (750 Mio. US\$). (XNA, 16.6.03; www.peopledaily.com.cn, 16.6.03)

Mit dem Bau des Staudamms war Anfang der 90er Jahre begonnen worden. Die veranschlagten Kosten belaufen sich auf rd. 22 Mrd. US\$, doch gehen Schätzungen von weit höheren Kosten aus. (NZZ, 7./8.6.03) Neben den Vorteilen, die der Dammbau für die Wirtschaft der Region und Energieversorgung der Küstenregion mit sich bringt, stehen eine Reihe von Folgeproblemen. Dazu zählt die Umsiedlung von rd. 1 Mio. Menschen. Einem Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur zufolge wurden bereits 720.000 Einwohner aus dem Einzugsgebiet des Reservoirs umgesiedelt. (XNA, 1.6.03) Weitere 25.000 Bauern müssen noch aus dem Gebiet der Chongqing-Sektion des Damms in andere Regionen umgesiedelt werden. Vorgesehen ist ihre Ansiedlung in der ländlichen Region um Shanghai, in Shandong, Jiangsu, Zhejiang, Anhui, Jiangxi, Fujian, Guangdong, Zentral-Hubei und Hunan, Regionen, denen bereits zuvor Bauern aus dem Einzugsgebiet der Stadt Chongqing zugeteilt worden waren. (XNA, 6.3.03)

Cao Guangjing, geschäftsführender Direktor der China Yangzi Three Gorges Project Development Corporation, kündigte Anfang Juni die Unterstützung für die umgesiedelten Einwohner an. So sollen Mittel in Höhe von rd. 3 Mrd. Yuan (362 Mio. US\$) aus dem Verkauf von Elektrizität für einen Zeitraum von 10 Jahren an die Umsiedler fließen. Pro Jahr ist die Zahlung von 380 Yuan pro Kopf vorgesehen. (XNA, 2.6.03)

In den letzten Wochen wurden außerdem Fragen der Sicherheit des Damms diskutiert, nachdem feine Risse festgestellt worden waren. Pan Jiazheng, Mitglied der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften, unterstrich in einem Bericht jedoch, dass diese Risse keinen Einfluss auf die Sicherheit des Gesamtprojektes haben. Einige dieser Risse seien aufgrund schlechter Schutzmaßnahmen für die Dammoberfläche im letzten Winter entstanden, andere seien auf Designfehler zurückzuführen. Pan versicherte, dass alle aufgedeckten rd. 80 Ris-

se ausgebessert worden sind. (XNA, 12.6.03)

Ein weiteres Problem stellt die Wasserqualität dar. So sollen Teile des gefluteten Gebietes mit Schadstoffen verseucht sein, da keine ausreichende Entsorgung von Industrie- und Haushaltsmüll sowie von Abfällen der Kranken- und Schlachthäuser stattgefunden hat. (NZZ, 7./8.6.03) Für die Verbesserung der Wasserqualität sollen auch mehr Abwasseranlagen in der Region des Staudamms gebaut werden. Sieben dieser Anlagen sind für Chongqing geplant. (XNA, 6.6.03) -schü-

SVR Hongkong

29 Demonstrationen zum Jahrestag des 4. Juni 1989 im Zeichen des Protests gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung

Zum Gedenken der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 versammelten sich wie jedes Jahr am Abend des 4. Juni mehrere Zehntausend Menschen auf dem Hongkonger Victoria-Platz zu einer Kerzenwache. Anders als in den Jahren zuvor stand dieses Mal indes noch ein zweites Thema im Mittelpunkt der Massenkundgebung: der Widerstand gegen den geplanten Erlass eines Anti-Subversions-Gesetzes durch die Regierung Tung Chee-hwa.

Unter dem Motto „Never Forget 4 June, Opposing Article 23 Legislation“ hatten die Organisatoren, die Hongkonger Allianz zur Unterstützung der Patriotischen Demokratiebewegung Chinas, dazu aufgerufen, nicht nur der Ereignisse von 1989 zu gedenken, sondern auch gegen die umstrittenen Gesetzgebungspläne der Regierung zu protestieren. Die Redebeiträge wurden dominiert von der Forderung nach einer Rehabilitierung der Opfer von 1989 sowie von der Besorgnis über die Auswirkungen des geplanten Gesetzes und dem Ärger über den Regierungschef Tung und seine Administration.

Schon im Vorfeld der diesjährigen Kundgebung hatten am 1. Juni etwa 2.500 Hongkonger mit einem Gedenkmarsch an die Opfer des Militäreinsatzes von 1989 erinnert. Auch hierbei nutzten die Demonstranten die Gelegenheit, ihre Ablehnung gegen die neuen Gesetzespläne zum Ausdruck zu bringen.

Die Vorlage des von der Hongkonger Regierung geplanten Anti-Subversions-Gesetzes nach Artikel 23 des *Basic Law* war im Februar dieses Jahres in die Legislative eingebracht worden und hat seitdem erhebliche Kritik auf sich gezogen. Sie enthält Vorschläge für verschärfte Sicherheitsbestimmungen: Regelungen zu Landesverrat, Abspaltung, Volksverhetzung und Subversion gegen die Zentralregierung in der Volksrepublik China sind ebenso enthalten wie gesetzliche Bestimmungen zum Verbot von Organisationen, die die nationale Sicherheit gefährden (vgl. C.a., 2003/2, Ü 31). Die Gesetzesvorlage hat in der Hongkonger und internationalen Öffentlichkeit Befürchtungen vor einer beschleunigten Erosion der politischen Autonomie und der demokratischen Freiheiten Hongkongs hervorgerufen. So könnte die Regierung die neuen Anti-Subversions-Bestimmungen als Mehrzweckwaffe zur Ausschaltung jeder Form von unliebsamer Opposition einsetzen und auch Massenkundgebungen wie die zum Gedenken der Demokratiebewegung von 1989 verbieten.

Die Ereignisse der Kundgebungen am 4. Juni spiegeln den wachsenden Widerstand der Hongkonger Bevölkerung gegen die geplante Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen und die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung wider. Der öffentliche Druck auf den Regierungschef verstärkte sich im Laufe des Monats erheblich. Für den 1. Juli, den 6. Jahrestag des Souveränitätswechsels, werden noch größere Protestaktionen erwartet. Viele Beobachter räumen einer Verhinderung der im Juli geplanten Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes in der von establishmentnahen Kräften dominierten Legislativversammlung allerdings wenige Chancen ein. (RTHK, Radio, 1., 4.6.03, nach BBC PF, 2., 5.6.03; IHT, 5., 23.6.03; SCMP, 5.6.03; WSJ, 6.6.03) -bk-

30 City University kürzt Gehälter

Die City University von Hongkong hat angekündigt, die Gehälter für Forschungspersonal um 20 Prozent zu kürzen. Die Maßnahme gilt für alle Neubesetzungen ab dem 1. Juli. Sie hat allerdings auch Auswirkungen für das vorhandene Forschungspersonal, weil dieses durchweg Jahresverträge hat, die jedes Jahr zwischen August und Oktober verlängert werden. Die Universität sieht sich zu dem Schritt aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation gezwungen. Unmittelbar bevor steht nämlich eine zehnprozentige Kürzung der Forschungsmittel vonseiten des University Grants Committee. Auch die Bezüge des Lehrpersonals werden gekürzt, allerdings nur um 3 bis 5 Prozent. Die Mitarbeiter im Forschungsbereich wollen nicht protestieren, weil sie der Meinung sind, dass Proteste nichts bringen, und weil sie befürchten, dass Proteste Entlassungen nach sich ziehen würden. (SCMP, 26.6.03)

Es steht zu befürchten, dass die anderen Universitäten nachziehen werden, denn die Hongkonger Universitäten leiden alle unter akutem Finanzmangel. Sie mussten in den letzten Jahren einschneidende Kürzungen ihrer Zuwendungen verkraften, zugleich aber wurde das Undergraduate-Studium von drei auf vier Jahre verlängert, d.h. sie müssen deutlich mehr Leistung erbringen (vgl. C.a., 2001/2, Ü 42). Zudem soll im Rahmen der Bildungsreformen der tertiäre Bildungssektor stark ausgebaut werden. Geplant ist, dass bis zum Jahr 2010 sechzig Prozent der Absolventen der Sekundarstufe II eine Hochschulbildung erhalten. Mit den gegenwärtigen Zuwendungen ist dies nicht zu schaffen. Tung Chee-hwa hat jedoch zugesichert, dass die Hochschulen zwischen 2005 und 2008 wieder mehr Mittel zur Verfügung bekommen werden (XNA, 14.6.03). -st-

31 Weniger Restriktionen für Hongkonger Filme

Die Beijinger Zentralregierung und Hongkong sind im Rahmen eines „Closer Economic Partnership Agreement“ übereingekommen, die Bedingungen

für die Hongkonger Filmindustrie zu verbessern. So soll es künftig keine Quoten für chinesischsprachige Filme mehr geben, die in Hongkong produziert werden und auf den festlandchinesischen Markt streben. Ferner sollen gemeinsam von Hongkong und dem Festland produzierte Filme als Festlandfilme gelten und uneingeschränkt auf dem Festland vertrieben werden können. Auch kann bei Koproduktionen der Anteil der Mitwirkenden aus Hongkong erhöht werden, und die Filme brauchen nicht mehr durchweg auf dem Festland zu spielen. Hongkong erhofft sich von der Neuregelung eine Belebung seiner Filmindustrie, die sich seit mehreren Jahren in der Krise befindet. (Vgl. XNA, 25.6.03) -st-

32 Abkommen mit China über engere wirtschaftliche Partnerschaft

Ende Juni d.J. nahm Ministerpräsident Wen Jiabao und der Regierungschef der SVR Hongkong an der Unterzeichnungszeremonie des Abkommens über engere wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Festlandchina und Hongkong teil. Wen charakterisierte das „Closer Economic Partnership Arrangement“ (CEPA) als spezielle Vereinbarung im Rahmen des „ein Land, zwei Systeme“-Prinzips und der WTO-Bedingungen. Wen drückte die Hoffnung aus, dass die Hongkonger Geschäftswelt durch dieses Abkommen mehr Chancen erhalten und Hongkongs wirtschaftliche Erholung und das Wirtschaftswachstum dadurch unterstützt werde. (XNA, 29.6.03)

Das zum 1. Januar 2004 in Kraft tretende Abkommen umfasst die Abschaffung von festlandchinesischen Importzöllen in 273 Zölkategorien für die Einfuhr von Gütern mit Ursprung Hongkong. Für alle übrigen Güter werden die Zölle bis zum 1. Januar 2006 völlig abgeschafft. Weiterhin legt Festlandchina keine Quotenbeschränkung gegenüber Hongkonger Importen fest, auch sollen keine Anti-Dumpingmaßnahmen gegenüber Hongkonger Produkten bestimmt werden.

Zum 1. Januar 2004 erhalten Hongkonger Dienstleistungsunternehmen außerdem einen präferenziellen Zugang zu Bereichen wie Management

und Beratung, Ausstellungswesen, Rechnungswesen, Architektur, Immobiliensektor, medizinische Dienstleistungen, Distribution einschließlich Groß- und Einzelhandel und Franchising, Dienstleistungen von Schiffsagenten, Lagerhaltung, Transport, audio-visuelle Dienstleistungen, Bankwesen, Wertpapiere und Versicherungen.

100%ige Tochterunternehmen können in den Bereichen Management und Beratung, Außenhandel, Einzelhandel und Franchising, nicht jedoch bei Dienstleistungen wie Rechnungswesen, juristische Dienstleistungen, Ausstellungsdienstleistungen und Werbung gegründet werden. (XNA, 29.6.03)

Um die Entwicklung des Hongkonger Tourismus zu fördern, sollen chinesische Einwohner der Provinz Guangdong die SVR leichter besuchen können. Diese Liberalisierung wird zunächst für die Städte Dongguan, Zhongshan und Jiangmen gelten und nach dem 1. Juli 2004 auch für die übrigen Regionen Guangdongs zutreffen. (XNA, 29.6.03)

Es wird mit positiven Auswirkungen des Abkommens für Hongkong gerechnet. Henry Tang, Secretary for Commerce, Industry and Technology, geht von einer Ersparnis von 750 Mio. HK\$ (96,2 Mio. US\$) an Zöllen und Gebühren für Hongkonger Unternehmen aus. Das Abkommen wird auch vor dem Hintergrund der schwierigen Situation Hongkongs begrüßt, die durch ein niedriges BIP-Wachstum und einer Arbeitslosenquote von rd. 8% geprägt ist. (AWSJ, 29.6.03)

Während das Abkommen offiziell als wichtiger Stimulus für die Hongkonger Wirtschaft gefeiert wird und die Kommentare der Hongkonger Medien sehr positiv sind, gibt es auch kritische Stimmen. So interpretieren einige ausländische Analysten die Vereinbarung als Metapher für die Misswirtschaft der Hongkonger Führung, die eher an dem Schutz ihrer politischen Interessen in Beijing und den Interessen der großen Hongkonger Unternehmensgruppen als an der Belebung der lokalen Wirtschaft interessiert sei.

Fraglich sei auch, ob die Handelsliberalisierung noch viel Sinn mache, da der überwiegende Teil der verar-

beitenden Industrie Hongkongs schon auf dem chinesischen Festland produziere. Gewarnt wird auch hinsichtlich der willkürlichen Einräumung von Präferenz beim Zugang zum Dienstleistungssektor auf dem Festland. Dies könne zu einer Ausweitung von korrupten Verhaltensweisen führen. Darüber hinaus könnte die Favorisierung Hongkongs durch China die Reputation Hongkongs in der WTO unterminieren. Auf der politischen Ebene, so die Kritik, präsentiert sich Beijing mit dem Abkommen als Helfer in der Not. Auch für die Position von Tung Chee-hwa stelle die Vereinbarung eine gute Gelegenheit dar, von der öffentlichen Unzufriedenheit mit den neuen Sicherheitsgesetzen über „Subversion“ abzulenken. (IHT, 24.6.03)

Selbst der Präsident der Hong Kong Chamber of Small and Medium Businesses, Allen Yung Chan-lung, ist eher zurückhaltend hinsichtlich der Bewertung des CEPA. Die Forderung nach einem zollfreien Handel sei bereits vor Jahren gestellt worden. Mit Blick auf die anstehenden Zollsenkungen der WTO bis 2005/06 komme die Vereinbarung mit Festlandchina zu spät. Auch der Annahme, dass durch das CEPA ein größerer Anreiz für ausländische Investoren bestehe, in Hongkong Produktionsstätten aufzubauen, stimmt Yung Chan-lung nicht zu. Erst müssten die genauen „rules of the game“ bekannt werden, bevor die positiven Auswirkungen für Hongkong bewertet werden könnten. (SCMP, 23.6.03) -schü-

SVR Macau

33 Besuch des Außenministers von Ost-Timor

Am 21. Juni traf der Außenminister von Ost-Timor Jose Ramos-Horta zu einem fünftägigen Besuch in Macau ein. Die frühere portugiesische Kolonie war im Mai 2002 nach dreieinhalb Jahrhunderten unter Kolonialherrschaft, 24 Jahren unter indonesischer Besatzung und drei Jahren UN-Protectoratsverwaltung souverän geworden. Ost-Timor gehört zu den 20 ärmsten Staaten der Welt. Macau als

ebenfalls ehemalige portugiesische Kolonie hat gute Beziehungen zu dem jungen Staat, der der „Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder“ angehört (dazu zählen noch Portugal, Brasilien, Kap Verde, Guinea-Bissau, São Tomé und Príncipe, Angola und Mosambik mit einer Gesamtbevölkerung von 200 Mio.). Dem 53-jährigen Diplomaten war 1996 zusammen mit Bischof Carlos Belo, Führer der katholischen Mehrheit Ost-Timors, der Friedensnobelpreis verliehen worden.

Ramos-Horta traf u.a. mit Regierungschef Edmund Ho und dem Direktor des Tourismusamtes Joao Manuel Antunes zusammen. Der Außenminister erhofft sich von Macau mit seinen reichhaltigen Erfahrungen im Tourismusgeschäft Hilfe bei der Entwicklung des Tourismus in Ost-Timor. Zur besseren Kooperation plane seine Regierung die Einrichtung einer Vertretung in Macau. Edmund Ho sicherte seinem Gast die gewünschte Unterstützung beim Aufbau des Tourismus in Form von Personalausbildung zu. Ramos-Horta teilte dem Macau-Korrespondenten der Hongkonger *South China Morning Post* (SCMP) mit, er betrachte Macau als natürliches „Nervenzentrum“ Ost-Timors für die Förderung von Handel und Investitionen in Ostasien, vor allem in China. China war eines der wenigen Länder, das 1975 die Demokratische Republik Ost-Timor anerkannte, bevor kurz darauf Indonesien mit amerikanischer Rückendeckung dort einmarschierte. Macau hat letzten Mai den ersten Jahrestag der Unabhängigkeit Ost-Timors gefeiert. Ein Priester aus Ost-Timor in Macaus katholischer Diözese dankte der früheren Regierung Macaus für die Aufnahme von etwa 1.000 Flüchtlingen in den 90er Jahren. Fast alle von ihnen sind entweder nach Ost-Timor zurückgekehrt oder haben sich in Portugal und Australien niedergelassen. (XNA, 22., 23.6.03; SCMP, 30.5., 27.6.03) -ljk-

34 SARS-Sonderdezernat aufgelöst

Der Minister für soziale Angelegenheiten und Kultur Fernando Chui Sai On (ebenfalls für das Ressort Gesundheit zuständig), der das SARS-Sonderdezernat leitet, erklärte am 30. Juni die erste Phase der SARS-Vor-